

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Fernruf: 4692.

Schiffleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

## Gefangen.

O trauriges Soldatenlos,  
o Herzensnot so bitter groß,  
gefangen von der Feinde Hand  
sit trauernd ich im Feindesland  
Verschlossen hinter eisern Tor,  
kein warmes Wort bringt an mein Ohr,  
kein liebend Auge auf mir ruht,  
zu stillen meiner Sehnsucht Blut.  
Das Herz sich mir zusammenzieht,  
so oft mein Denken heimwärts flieht,  
allwo die schwere Arbeitslast  
die Eltern mein erdrückt fast,  
Wenn ich im Geist den Vater seh,  
still seufzend unter schwerem Weh,  
das Haar gebleicht, vorzeitig alt,  
des Feindes Schuld er schmerzlich zahlt.  
Und Mütterchen: das Auge wund  
vom vielen Weinen — um den Mund  
ein weher Zug — das gold'ne Haar  
ergraut in diesem einzigen Jahr.  
O Gott im Himmel, hör mein Fleh'n,  
laß mich die Heimat endlich seh'n,  
beendige den blutigen Krieg,  
schen! meinem Deutschland Heil und Sieg.

A. Siegfried.

## Zwei Jahre Krieg in englischer Beleuchtung.

Eine Tugend der Deutschen ist es immer gewesen, daß sie die Wahrheit nicht gescheut haben. Von diesem Grundsatz ist auch während des Krieges nicht abgewichen worden.

Das deutsche Volk weiß, daß es sich in einem Kampf um seine Existenz befindet. Aus diesem Grunde bedarf es — im Gegensatz zu unseren Feinden — keiner künstlichen Aufmunterung, keiner Vorpiegelung unwahrhaftiger Trugbilder, um durchzuhalten. Diesen Krieg will es siegreich beendet sehen, und bis zum ehrenvollen Frieden wird seine unbeugsame Entschlossenheit andauern. Darüber dürfen sich unsere Gegner nicht hinwegtäuschen; tun sie es dennoch, dann zu ihrem Schaden.

Für unsere Leser wird es von Interesse sein, einmal zu erfahren, wie der bisherige Verlauf des Krieges von den Gegnern beurteilt wird. Nicht wie es von den politischen Zeitungen, sondern von der Fachpresse dargestellt wird, von der man ein ruhiges, sachliches Urteil erwarten sollte. Ob mit Recht, mögen unsere Leser selbst beurteilen.

Der zweijährigen Kriegsdauer widmet das englische Fachblatt der Mode und Manufakturwarenbranche „Dryper's Record“ in einem Leitartikel die folgenden Betrachtungen:

Am 4. August 1914 machten sich nur wenige Leute klar, was ein Krieg mit Deutschland bedeutete. Wir mußten, unsere Sache sei gerecht, und waren bereit, unsere Grundsätze zu verteidigen, koste es, was es wolle. Wir haben nun zwei Jahre Krieg hinter uns — ein Krieg ohne Beispiel. Blickt man zurück, so hat man ein doppeltes Gefühl der Verwunderung, erstens über die leichtfertige Art, mit der wir zu Anfang dem Krieg gegenüber standen; zweitens über die wunderbare Art der Mobilisation sämtlicher Hilfsquellen des Landes. Vor zwei Jahren noch war es unübersehbar, was alles geschehen mußte, um den deutschen Militarismus zu überrennen. Heute haben wir den Maßstab dieser Aufgabe in der Hand. „Geschäft wie gewöhnlich“, dieses Schlagwort, das einer Panik entgegenzuwehren und dem Handel über eine sehr schwierige Periode hinwegzuhelfen sollte, ist natürlich nun hinfällig geworden. Wir haben heute festeren Boden

unter den Füßen und haben das Geschäft den notwendigen Bedingungen des Krieges angepaßt. Welcher Untertan Großbritanniens kann die verflochtenen zwei Kriegsjahre ohne Stolz betrachten? Man kann sie nicht betrachten, ohne dabei ein unbegrenztes Vertrauen zur Zukunft zu empfinden.

Wird die Geschichte dieses Krieges einmal geschrieben, so werden verschiedene Punkte von hervorragender Bedeutung werden: die unerschütterte Einigkeit der Verbündeten, die Macht Groß-Britanniens, die unerschütterliche Treue all seiner Söhne in der ganzen Welt. Im Augenblick interessiert uns die ganze Handelsfrage am stärksten; auch hier sind die Verhältnisse in erstaunlicher Weise ermutigend. Seit dem ersten Ansturm 1914 hat sich unsere Ausfuhr beständig gehoben. Wir haben riesige Heere ausgestattet, Männer und Geld geschafft, aber zugleich auch den Handel des Landes, Gut und Leben gepflegt. Unsere glänzende Marine hat die Wage offen gehalten, und unsere Kaufmannschaft hat den Vorteil daraus gezogen. Und der Schluß des zweiten Kriegsjahres findet die Bevölkerung ruhig, stetig ihres Weges gehend, voller Mut und fester als je entschlossen, keinen Frieden zu schließen, bis die furchtbare deutsche Drohung für alle Zeiten unwirksam gemorden ist. Die Geldopfer werden ungeheuer sein, das ist klar. Unsummen müssen dahingegeben werden, aber John Bull kann seine Last tragen und noch seinen Freunden helfen, sie zu tragen. Die an ihn gestellten Forderungen können ihn nicht schrecken. Er heißt die Fahne aufeinander, macht seine Schultern stark und ist entschlossen, noch mehr Weltmärkte zu erobern. Schon während des Krieges hat er die Handelskampagne begonnen und seine Vorbereitungen getroffen. Unglücklicherweise kostet der Krieg aber nicht nur Geld, sondern auch Menschenleben. Wir betrauern Tausende von Helden.

### Die Textilbranche

hat auch darin ungeheure Opfer gebracht und ihre Westen hergegeben. Viele, viele sind aus den Geschäften, den Engros-Häusern, den großen und kleinen Läden und Kaufhäusern zu den Fahnen geströmt. Sie sind den Heldentod gestorben, die Schwachen verteidigend, gemäß den besten englischen Traditionen. Und da ihr Gedächtnis geheiligt ist, so darf ihr Werk in der Heimat nicht durch vorzeitige Schwäche unwirksam gemacht werden. In uns ist es, zu vollenden, was sie begonnen. Sie haben das Haupt des Untiers, das die Sicherheit der Welt bedrohte, niedergeschlagen, unsere Aufgabe ist es, zu verhindern, daß es das Haupt noch einmal erhebt. (Hieraus kann man die wirkliche Stimmung ersehen, wenn ein nüchternes Fachblatt derart tönende Phrasen gebraucht die ebenjowenig mit Wahrheit wie mit gutem Geschmac und natürlicher Achtung des Gegners zu tun haben. Die Redaktion.)

Es sind Gründe dafür vorhanden, anzunehmen, daß das letzte Stadium des Kampfes angebrochen ist. Ohne übertriebenen Optimismus dürfen wir großen Ereignissen in den kommenden Monaten entgegensehen. Der Ausgang ist nicht zweifelhaft. Da der Feind zu verjagen beginnt, mustern die Verbündeten ihre Kräfte aufs neue. Deutschland und Oesterreich, auf den Krieg vorbereitet, konnten die unvorbereiteten Verbündeten nicht schlagen. Der Tag der Vergeltung naht. Es bleibt nur abzuwarten, wie lange es noch dauern wird, die Hunnen zu überzeugen, daß sie den Sieg nicht erfechten können, und daß ihr skrupelloser Anspruch, die Welt zu beherrschen, sich nicht erfüllt.

Wir ergriffen die Waffen, weil es die Ehre gebot. Wir werden sie aber nicht wieder aus der Hand legen, bis diejenigen, die die Verantwortung für diesen schrecklichen Krieg tragen, ihrer Macht beraubt sind, weiteres Unheil zu stiften. Es verlohnt sich einen Augenblick zurückzudenken und einen Ueberblick aus der Vogelperspektive zu gewinnen. Verwirrt durch die vielen Zwischenfälle des Krieges, gut es sich zu erinnern, wie befriedigend sich der Ausgang gestaltet. Gründe zur Furcht existieren gar nicht. Jetzt ist die Zeit zur Mobilisierung unserer Handels-

kräfte gekommen — Kühnheit, Intelligenz und Einigkeit gehört dazu. Wohlan! unser Kriegsplan kann voll Vertrauen geschmiedet werden.“

## Wer sperrt dem Frieden den Weg?

Für jeden, der die Entstehung und Entwicklung des Krieges mit vorurteilslosem Blick zu prüfen vermag, ist es klar, daß Deutschland nicht aus Uebermut und aus lauter Lust zum Streiten sich einer derartigen Uebermacht von Feinden entgegengeworfen hat. Für uns war es eine harte, bittere Notwendigkeit, das Schwert zu ziehen zur Verteidigung unseres von allen Seiten schwer bedrohten Vaterlandes. Mit dem Wegfall dieser Bedrohung und mit der besseren Sicherung unseres Landes und der Freiheit der Meere fällt für uns der Zweck weiterer Kriegsführung weg. Ganz anders bei unsern Feinden. Sie wollen nicht eher Frieden geben, bis sie ihr Ziel, die völlige Niederwerfung und Erwürgung Deutschlands, erreicht haben. Die Verhinderung des Friedens liegt also nicht bei uns, sondern ausschließlich bei unsern Gegnern.

In treffender Weise wies hierauf in einer jüngst abgehaltenen großen sozialdemokratischen Versammlung zu Chemnitz der Reichstagsabgeordnete Nozke hin. Er führte dort nach der „Chemnitzer Volksstimme“ (Nr. 195) folgendes aus:

„Der Kanzler hat mehrmals seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen ausgesprochen. Aber er hat damit noch keine Gegenliebe gefunden. Alle Friedenswünsche des deutschen Volkes wurden von den feindlichen Staatsmännern als Zeichen der Schwäche verhöhnt. Zahllose Male haben wir aus dem feindlichen Ausland die Versicherung gehört, der Krieg werde bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, der Zerstückelung des Reiches und der Vernichtung des deutschen Handels fortgesetzt. Gegen solche feindliche Kriegsziele setzt sich das ganze deutsche Volk entschlossen auch weiterhin zur Wehr.“

Die Schuld für den Ausbruch des Krieges weist Nozke entschieden von Deutschland ab, indem er auf die bedrohliche Haltung unserer Feinde im Sommer 1914, wodurch Deutschland förmlich zum Kriege gezwungen wurde, des näheren hinweist. Die letzten Gründe für den Krieg erblickt Nozke in alten Gegensätzen zwischen den Großmächten, vor allem in dem deutsch-englischen Gegensatz, der seine eigentliche Ursache in Deutschlands erfolgreichem Wettbewerb habe.

Schließlich jagt Nozke noch über den Friedenswillen in Deutschland:

„Der Friedenswille in Deutschland ist selbstverständlich groß. Aber Deutschland kann nicht allein den Krieg einstellen. Wir weisen es als eine wahnwitzige Idee weit von uns, wenn uns zugemutet wird, einen bedingungslosen Frieden zu schließen. Noch glaubt man im Ausland, Eroberungsziele verfolgen zu können. In Frankreich wollen sogar die Sozialdemokraten unter allen Umständen Elsaß-Lothringen zurückhaben. Für das deutsche Volk und die deutsche Sozialdemokratie gibt es eine Elsaß-Lothringische Frage nicht. Wir treten mit aller Entschiedenheit für territoriale Unversehrtheit des Deutschen Reiches ein, dabei denken wir auch an die Tatsache, daß England nun nahezu auch Ostafrika und damit alle deutschen Kolonien erobert hat. Auch gegen die englischen Pläne auf dauernde Schädigung von Deutschlands Handel und Industrie lehnen wir uns auf. Von einem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege würden nicht zuletzt die deutschen Arbeiter betroffen werden. Wir wollen nicht die Wiederkehr einer Periode erleben wie in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo Jahr für Jahr Hunderttausende der tüchtigsten und tatkräftigsten Arbeiter über die Meere fuhren, weil das Vaterland ihnen nicht einmal kümmerliche Existenz bieten konnte.“

Nozkebrungen also müssen wir den Krieg führen, bis der blindwütige Starrsinn unserer Gegner durch die Macht der Tatsachen gebrochen ist, die stärker sind als nebelhafte Wünsche oder Vorstellungen. Die Schuld für die Hinausschiebung des Friedens und deren Folgen werden unsere Gegner zu tragen haben.

Ueber die Schuld am Ausbruch des Krieges äußerte sich der Abgeordnete Nozke folgendermaßen:



Rußland, Frankreich und England sind seit Jahren miteinander verbündet. Italien wurde von ihnen heimlich gewonnen. Im Vertrauen auf seine Verbündeten trumpte Rußland nach dem Morde von Sarajewo nicht nur gegen Oesterreich, sondern auch gegen Deutschland auf. Als sich die deutsche Reichsregierung der französischen Neutralität verschern wollte, erklärte Frankreich kurz und bündig, daß es nur das tun werde, was ihm seine Interessen gebieten. Den Vorschlag Englands, erst noch einmal auf einer Konferenz zusammenzukommen, konnte Deutschland unmittelbar vor dem Kriegsausbruch deshalb nicht annehmen, weil England von Deutschland verlangte, daß es bis zum Resultat dieser Konferenz nicht mobilisieren dürste, während England gleichzeitig ruhig zusah, wie Rußland weiter rührig gegen Deutschland rüstete. Mit der Mobilmachung noch länger zu zögern, wäre daher von uns Deutschen heller Wahnsinn gewesen. Bethmann-Hollweg hat gegenüber Rußland bis auf äußerste gewartet. Wir wollen ihm deshalb nicht, wie manche andere Leute, daraus einen Vorwurf machen, aber durch den Einfall der Russen in Ostpreußen haben wir immerhin eine ordentliche Quittung erhalten, die dem deutschen Volke mindestens eine Milliarde kostet, ganz abgesehen von dem unendlichen Leid, das über Tausende von Menschen gebracht wurde und mit Geld und Gut nicht mehr ausgeglichen werden kann. Als die französische und russische Mobilmachung feststand, schlug Deutschland los, um nicht erdrückt zu werden. Trotz seiner Kriegserklärung befand es sich daher im Verteidigungskriege.

Das ist eine durchaus zutreffende Darstellung der Vorgänge und Tatsachen. Erfreulich ist, daß sie von einem sozialdemokratischen Führer herrührt, der sich schon mehrfach durch derben Freimut bemerkbar gemacht hat.

### Erwerbslosenfürsorge in der Schneider- und Wäscheindustrie.

Für die Kleider- und Wäscheindustrie untersagte der Bundesrat, solange sich die Warenherstellung in bestimmten Grenzen (1/10 des Durchschnitts von 1915) hält, auch bei Auftragsmangel umfangreiche Entlassung von Fabrik- und Werkstättenarbeitern. In der gleichen Industrie ordnete der Bundesrat für die Kurzarbeiter eine mittelbare Lohnerhöhung an; der Zeitlohn darf nicht im Verhältnis zur tatsächlichen Arbeitszeit, sondern höchstens um zwei Zehntel gegenüber dem Stande vom 1. Februar 1916 gekürzt werden, zum verdienten Stücklohn ist ein Zehntel als Zuschuß zu leisten.

Wie bei den unterstützten Textilarbeitern besteht jetzt auch bei Arbeitern der Kleider- und Wäscheindustrie eine Kriegsnot. Die Einschränkung der Färbung gilt nicht für die Heimarbeiter; sie schließt auch nicht aus, daß Fabrik- und Werkstättenarbeiter unter Fortdauer des Arbeitsverhältnisses zeitweise aussetzen und feiern müssen. Im Großbetriebe für Frauen- und Kinderbekleidung ist die Erwerbslosigkeit oder die Beschränkung im Verdienst drückend. Der Arbeitsmangel wird im Großbetriebe für Männer- und Knabenbekleidung immer fühlbarer; er wird bedrohlich, sobald die Aufträge aus der Zeit vor der Einführung der Kleiderkarte ausgeführt sind. Arbeitsgunst herrscht dagegen in den Betrieben für Mannschäfs- und Offiziersbekleidung. In den Maßgeschäften wird aber wegen der Kleiderkarte und der Knappheit der Stoffe weitere Kürzung der Arbeitszeit befohlen.

Nach dem Ergebnisse der Ermittlungen, die für München stattfanden, ist in Betrieben für Frauen- und Kinderbekleidung und auch in Betrieben für Männer- und Knabenbekleidung der Lohnansatz zum Teil so erheblich, daß der notwendige Lebensunterhalt nicht mehr gedeckt wird. Es hat ein vorbereitender Ausschuß die Notwendigkeit der öffentlichen Unterstützung bejaht. Für die Unterstützung ist, da das Reich hierzu besondere Mittel bereitgestellt hat, eine besondere, von der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge losgelöste Säzung angezeigt. Aus Mitteln des Reiches und des Staates werden zwei Drittel des Aufwandes gedeckt. Den Rest trägt vorläufig die Stadt. Ob und inwieweit die Unternehmer außer den Zuschüssen nach der Bundesratsverordnung vom 4. April auch einen Beitrag zur Unterstützung — nach dem Vorbilde in der Textil- und Schuhindustrie — leisten können und sollen, muß besonderer Verhandlung vorbehalten bleiben.

Die vom Ausschusse entworfene Säzung gilt nur für die von der Bundesratsverordnung betroffenen Betriebe, innerhalb dieser Grenze aber für Arbeiter, Ungeheilte und selbständige Gewerbetreibende. Von der Verordnung werden in München betroffen ungefähr 60 Betriebe für sogenannte Damenkonfektion, 25 Betriebe für sogenannte Herrenkonfektion, 12 Betriebe für sogenannte Wäschekonfektion und 120 Maßgeschäfte. Die Zahl der völlig oder teilweise Erwerbslosen zu ermitteln, war nicht möglich. Den Hauptbestandteil bilden die Kurzarbeiter.

Die Säzung enthält folgende Bestimmungen über die Unterstützungssätze:

- Bei völliger Erwerbslosigkeit beträgt die Unterstützung im Tage:
- Für minderjährige Arbeiter bis zu 16 Jahren 1,40 M.,
- für minderjährige Arbeiter über 16 Jahre männlich 2,30 M., weiblich 1,70 M.,
- für volljährige ledige Arbeiter 2,60 M.,
- für verheiratete Arbeiter 3,20 M.,
- für volljährige ledige Arbeiterinnen 1,90 M.,
- für volljährige verheiratete Arbeiterinnen 2,30 M.
- Jedes erwerbslose Kind unter 16 Jahren erhält einen Zuschuß von 40 Pfg. für den Tag.

Für Versicherte werden die Krankenkassenbeiträge zur Erhaltung der Versicherung übernommen. Erwerbslose, die zugleich als bedürftige Kriegerangehörige Anspruch auf die Familienunterstützung haben, erhalten bei den Wohlfahrtsausschüssen nur die Mindestsätze. Jugendliche können an Stelle der Unterstützung in einem Tagesheim untergebracht werden. Die Unterstützung wird wöchentlich gezahlt. Dabei werden 6 Wochentage zu Grunde gelegt. Ganz oder teilweise erwerbslose Ungeheilte erhalten Unterstützung nach Maßgabe ihrer Bedürftigkeit.

Zur Durchführung der Unterstützung stellt die Stadtgemeinde zunächst einen Betrag von 25.000 M. zur Verfügung.

### Die Konsumgenossenschaften.

Von den Erwerbstätigen unseres Volkes gehören, einschließlich der Angehörigen, rund vierzig Millionen zu den Arbeitnehmern. Den Hauptbestandteil davon machen die Arbeiter aus. Der Lohn der Arbeiter dient bekanntlich fast vollständig dazu, die notwendigsten Lebensbedürfnisse: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, zu bestreiten. Für die Lebensmittel allein wurde schon in Friedenszeiten die Hälfte aller kleinen Einkommen ausgegeben, jetzt im Kriege dürften es drei Viertel sein.

Zur Verbesserung der Lebenshaltung haben die Arbeiter höhere Löhne angestrebt. Die Gewerkschaftsarbeit hat hierbei ansehnliche Erfolge errungen. Nun zeigte sich aber, daß mit der Erhöhung der Löhne gleichzeitig die Preise, namentlich die Lebensmittelpreise, bedeutend gestiegen sind. Namentlich in den letzten Jahren erfuhr die Lebensmittelpreise beträchtliche Steigerungen. Das ging so weit, daß diese Preise schneller und höher stiegen als die gleichzeitigen Lohnverbesserungen. Der Erfolg der Gewerkschaftsarbeit wurde also zum großen Teil zu nichts gemacht. Die Lebenshaltung des Arbeiters wurde nicht besser, ist vielmehr in Gefahr, trotz der höheren Einkommen schlechter zu werden.

Was nützt es also dem Arbeiter, wenn er zwar durch Erzielung angemessener Entlohnung seine Stellung in der Produktion verbessert, gleichzeitig aber im Verbrauch, in der Konsumtion, die errungenen Vorteile wieder preisgeben muß? Alle Arbeit ist nur halb getan, wenn der Arbeiter nicht auf die Preisbildung der Verbrauchsgüter einwirken kann. Ueber dieses Problem sagt der Verbandsdirektor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln-Mülheim, Peter Schlack, in einem Aufsatz „Konsumgenossenschaftsbewegung und Arbeiterstand“ (Deutsche Arbeit, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, 1916, Heft 4) sehr zutreffend folgendes: „Aus dem zweifachen Interesse des Arbeiterstandes, erstens an einer angemessenen Entlohnung seiner Arbeitskraft, und zweitens an einer billigen Gestaltung der Lebensmittelpreise, folgt, daß die Gewerkschaftsarbeit ihre Ergänzung finden muß in einer Organisation, die ihm Einfluß gibt auf die Preisgestaltung der Verbrauchsgüter. Erhöhung der Löhne und gleichzeitige Steigerung der Preise erwirkt oder verhindert jedes Aufsteigen.“

Eine Verbilligung der Lebensmittelpreise ist auf verschiedenen Wegen versucht worden. Seitens der Produzenten und Händler geschah es durch das Rabattsystem, und zwar als Gegenwirkung gegen die sich ausbreitenden Konsumvereine. Die Verkäufer schlossen sich in Rabattsparrvereinen zusammen. Sie geben den Einkäufern beim Bezug der Waren Marken, die in ein Buch eingeklebt und bei Erreichung eines bestimmten Betrages vom Verein eingelöst werden. Wenn diese Rabattsparrvereine auch gewisse Vorzüge aufweisen, so liegt doch die Gefahr nahe, daß die Verkäufer die durch die Rabattmarken erlittene Einbuße durch Erhöhung der Preise oder durch Verschlechterung der Qualität der Ware wettzumachen suchen.

Zweifellos ist das sicherste Mittel für den Konsumenten die Selbsthilfe, und zwar durch Organisierung der Kaufkraft der Verbraucher. Hier gibt es heute in der Hauptsache zwei Organisationsarten: Käuferbund und Konsumgenossenschaft. Im Käuferbund vereinigen sich die Konsumenten und schließen einen Vertrag mit den privaten Händlern. Hierbei wird Warenpreis, Warenqualität und Rabatt festgesetzt. Da der Käuferbund selbst weder Waren einkauft noch herstellt, gibt er sich letzten Endes doch in die Hände der Verkäufer und kann jederzeit von diesen übertrüffelt, eingezwängt oder ignoriert werden.

Eine wirksame Organisation der Konsumenten sind nur die Konsumgenossenschaften. Sie betreiben selbst den Einkauf der Waren in den großen Bezugsstellen von Waren und geben sie ohne Zwischenhändler an die kleinen Verbraucher ab. Während im Privathandel alles in erster Linie darauf gerichtet ist, dem Verkäufer einen guten Gewinn zu sichern, verkaufen die Konsumgenossenschaften ohne Zwischenprofit die Güter an ihre Mitglieder. Dadurch werden dem Konsumenten die Kosten des Zwischenhandels erspart. Weiterhin kann die Konsumgenossenschaft in großen Mengen kaufen, zweitens infolge ihres Prinzips hat beim Einkauf bezahlten, drittens einen regelmäßigen Bezug von gleichen Warenmengen garantieren, da sie ihrer Mitglieder sicher ist —, infolgedessen kann sie zu günstigeren Preisen vom Produzenten die Güter beziehen und kann große Ersparnisse machen. Ferner kann sie einen Teil der Güterherstellung selbst in die Hand nehmen, kann selbst als Produzent auftreten. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Mitglieder einer Konsumgenossenschaft sicher sind, für ihr Geld Waren von guter Qualität zu erhalten.

Die Konsumgenossenschaften gewähren also ihren Mitgliedern ganz bedeutende wirtschaftliche Vor-

teile, indem sie Qualitätswaren zu angemessenen, nicht durch Zwischenprofit verteuerten Preisen abgeben. Ferner wirkt der Konsumverein ähnlich wie eine Spartasse, indem die im Jahre erzielten Ersparnisse des Vereins nach dem Maß des einzelnen Warenbezugs als Dividende auf die Vereinsmitglieder verteilt werden. Aber auch kulturelle Werte schließt die Konsumgenossenschaftsbewegung in sich. Sie verbessert die Zahlungssitten und hält ihre Mitglieder zur Barzahlung an. Da die Konsumvereine nur gegen Bar Waren abgeben, andererseits die Jahresersparnisse verteilen und gut und billig liefern, wirken sie auf breite Volksschichten erzieherisch ein. Welche Unsummen von Gerichtskosten, Pfändungen, Feindschaften, Familienzerrüttungen und Standesbefehlungen waren wir als die Folgen der Borgunsitte gewöhnt! Die Mitglieder eines Konsumvereins sind gezwungen, ihr Einkommen so einzuteilen und so zu wirtschaften, daß sie auskommen. Durch die jährliche Rückvergütung wird der Sparsinn angeregt und werden größere Anschaffungen für die Familie ermöglicht. Armenpflege und Wohlfahrtsbestrebungen werden entlastet und die Leute zur Selbständigkeit erzogen. Schließlich ermöglichen die Konsumvereine dem Arbeiter, da er billiger des Lebens Notdurft bestreiten kann, einen Teil seines Einkommens auch für andere Zwecke auszugeben, edler Genüsse und Bildungsmöglichkeiten teilhaftig zu werden. Wirtschaftlich und kulturell gewährt so die Konsumgenossenschaft dem Arbeiter die besten Entwicklungsmöglichkeiten. Mit Recht sagt deshalb Schlack: „Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist die einzig mögliche Form der organischen Zusammenfassung der Kaufkraft, die Erfolg verspricht und sichert.“

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist dauernd im Wachsen. Heute gibt es in Deutschland gegen 2450 Konsumvereine mit etwa 2 1/2 Millionen Mitgliedern. Die Bedeutung der Konsumvereine hat sich besonders in diesem Kriege gezeigt. Nach dem oben erwähnten Artikel verfügten die Konsumvereine zu Beginn des Krieges über Warenbestände, deren Wert zum Verkaufspreise etwa 100 Millionen Mark betrug. Diese Bestände wurden durchweg zum alten Preise an die Mitglieder überlassen, zu einer Zeit, da auf allen Gebieten des Privathandels ungeheure Preissteigerungen eintraten. An vielen Stellen hat das Verhalten der Konsumvereine eine allgemeine Verbilligung der Lebensmittel zeitweise wieder hervorgerufen. Ferner zahlten während des Krieges die Konsumvereine gegen 60 Millionen Mark bereits an Rückvergütungen an die Mitglieder, eine Summe, die das wirtschaftliche Durchhalten weiter Preise sicher bedeutend erleichtert hat. Wie weit die Konsumvereine preisregulierend auf den Privathandel gewirkt haben, ist zahlenmäßig natürlich nicht zu erfassen. Schließlich haben die Konsumvereine in Reich, Staat und Kommune an der Regelung der Lebensmittelversorgung sachverständig und uneigennützig mitgewirkt. In vielen Städten haben die Verwaltungen die Konsumvereine mit der Verteilung der städtischen Lebensmittel betraut, haben viele Kosten dadurch erspart, da in den Konsumvereinen der billigste und beste Verteilungsapparat gegeben ist, und sind sehr gut dabei gefahren. Das Reichsarbeitsblatt schrieb zur Zeit (1915, Nr. 10) bei der Uebersicht über die Kriegstätigkeit der Konsumvereine: „Die deutschen Konsumvereine haben es nicht bei Versprechungen bewenden lassen, sondern sie haben sich nach Kräften bemüht, die Worte in Taten umzusetzen. Sie haben dadurch wesentlich zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges beigetragen.“

Die Beurteilung der Konsumvereine seitens der Regierung und der übrigen Behörden ist infolge dieser Leistungen gerechter und wohlwollender geworden. Man erkannte in ihnen gemeinnützige Wirtschaftsfaktoren von größter Bedeutung. Es ist zu hoffen, daß Regierung und Parlament ihre bisherige, oft völlig ablehnende Haltung und Bekämpfung gegenüber den Konsumgenossenschaften aufgeben werden. Die bisherige Stellung der Regierung gegenüber den Konsumvereinen entspringt einer falschen Rücksichtnahme auf den Kleinhandel und den Mittelstand. Hier gilt es umzulernen! Der Kleinhandel behauptet, er sei durch die Konsumvereine in seiner Existenz bedroht. Das er ab und zu durch die Konsumvereine nachteilig betroffen wird, beabsichtigt aber diese garnicht. Es liegt das nämlich im wesentlichen in Mißständen begründet, die der Kleinhandel in seinen eigenen Reihen aufkommen läßt. In ganz ungerechtfertigtem Maße etablieren sich viele als Verkäufer, ohne in diesem Berufe vorgebildet zu sein. Leute, die aus irgend einem Grunde ihren Beruf aufgeben, pflegen sich mit Vorliebe unvermittelt als Verkäufer zu betätigen. Kein Wunder, daß aus Unkenntnis oder aus Bequemlichkeit oder aus gewissenloser Gewinnsucht von diesen die Käufer benachteiligt werden. Alle Preissteigerungen, die infolge von Unkenntnis der Einkaufsmethoden oder aus Mangel an kaufmännischer Erfahrung sich für solche Zwischenhändler beim Einkauf ergeben, werden beim Wiederverkauf auf die Tasche des Konsumenten abgeschrieben. Das erfährt jedermann oft genug. Nirgendwo im Handelsbetriebe gibt es solche Preisunterschiede zu gleicher Zeit bei den gleichen Verkaufsgütern, wie im Kleinhandel. Ungezählt sind die Klagen der Konsumenten über ungebührliche Verkaufstaktiken, Gewichtsbenechtigungen, ungleichmäßige Behandlung der Kundschaft seitens des Kleinhandels. Daß die Konsumvereine den privaten Handel nicht unterdrücken wollen, weiß jeder. Auch zeigt die Statistik, daß die Zahlen der im Kleinhandel Tätigen im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum stark im Steigen sind. Außerdem hat der private Handel Mittel zur Verfügung, um sich zu behaupten, z. B. die oben erwähnten Rabattvereine, ferner Einkaufsgenossenschaften der Händler. Worauf es im wesentlichen ankommt, ist, daß die Gesamtheit des Volkes im Konsum nicht ungerechtfertigt belastet wird. So muß man auch bei der Beurteilung der Konsumgenossenschaften berücksichtigen, daß diese nicht eine bloße



Organisation der Arbeiterschaft sind. Eine große Zahl von Mittelstandsleuten gehört zu ihren Mitgliedern. Man darf die Konsumgenossenschaft nicht vom einseitigen Standes- oder Parteinteresse aus beurteilen, sondern muß sie im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft werten. Dann wird man erkennen, daß sie als Organisation der Kaufkraft des Volkes ebenso eine Notwendigkeit sind wie als sozialer Güterherstellungs- und Güterverteilungskörper. Man wird dann einsehen, daß sie nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die Gesamtheit des Volkes erforderlich sind gegenüber der Kartellierung und Monopolisierung des privaten Kapitals in Produktion und Handel.

Allerdings hat gerade der Arbeiterstand ein besonderes Interesse an den Bestrebungen der Konsumgenossenschaften, erstens, weil er einen so überwiegenden Teil der Verbraucher darstellt und zweitens, weil er heute fast sein gesamtes Einkommen für den notwendigen Lebensunterhalt ausgeben muß, oft sogar mit seinem Einkommen nicht angemessen auskommen kann. Mit Recht sagt darüber Professor Schmittmann („Die Genossenschaft und der Krieg“ in der „Sozialen Kultur“, 1916, Heft 1): „Nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten sind Arbeiter und Angestellte in hervorragender Weise am Wirtschaftsleben interessiert. Der Einfluß der Arbeiterschaft als Massenkonsumträger ist in Deutschland noch zu wenig ausgenutzt; er wird in dem Maße wachsen, als die Arbeiter zu genossenschaftlich organisierten Einkaufsmethoden schreiten. Mit der Steigerung der Löhne und Gehälter allein ist der Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Dauer nicht beizukommen; darum müssen noch mehr als bisher Genossenschaft und Konsumgenossenschaft die beiden Pole der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung sein.“ Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften arbeiten also Hand in Hand: das gemeinsame Ziel ist der Arbeiterwohlstand; die einen suchen dieses Ziel zu erreichen durch die Verbesserung der Einnahmen, die anderen durch die Verringerung der Ausgaben. Gleichzeitig muß die Arbeiterschaft den Kampf führen um die gebührende Entlohnung und die angemessene Lebenshaltung.

### Die Militärverorgungsansprüche der Angehörigen Vermisster.

Von Rechtsanwalt Dr. Berthold, Leipzig.

Daß es sittliche Pflicht des Staates ist, im Falle eines Krieges für die Hinterbliebenen derer zu sorgen, die den Tod für das Vaterland erlitten haben, ist von der Gesetzgebung längst anerkannt. Schon in den Jahren 1865 und 1866 erließ Preußen eine Reihe von Bestimmungen, die den bedürftigen Witwen und den Kindern der im Felde Gefallenen oder infolge Krankheit Gestorbenen gewisse Unterstützungsansprüche gewährleisteten. Aus Anlaß des Feldzugs gegen Frankreich erschien 1871 das erste deutsche Militärpensions- und Versorgungsgesetz, das sich zur Aufgabe gemacht hatte, für unser Heer und unsere Marine die Pensionsansprüche der Offiziere und Mannschaften sowie die Unterstützungen ihrer Hinterbliebenen „nach gleichmäßigen Grundsätzen auf der Basis einer auskömmlichen, den Rangverhältnissen entsprechenden Versorgung“ zu regeln. Seitdem ist an der Ausgestaltung dieser Vorschriften ständig zum Wohle der Berechtigten gearbeitet worden. Das Gesetz über die Familienunterstützungen vom Jahre 1888 mit seinen Ergänzungen bis in die neueste Zeit und das Militärhinterbliebenengesetz vom Jahre 1907, das heute noch unverändert in Geltung ist, hat schließlich eine Lage geschaffen, die den weitgehendsten Anforderungen an die Höhe eines führenden Kulturstaates in vollem Umfange gerecht wird. Ueber die aus diesem Rechte sich ergebenden Ansprüche ist seit Beginn des Krieges viel gesprochen und geschrieben worden. Die tägliche Uebung in der Anwendung seiner Bestimmungen hat diese auch den Beteiligten in ihren Grundzügen näher gebracht. Etwas anders steht es indes nach den Erfahrungen in der Praxis mit den Fragen, die im Falle des Vermisstseins des Kriegsteilnehmers hinsichtlich der Versorgung seiner Angehörigen entstehen. Hier sollen die folgenden Zeilen kurze Antwort geben und Aufklärung über die Vergünstigungen schaffen, die zur Zeit den Beteiligten von unseren Gesetzen gewährt sind.

Die Hauptfrage ist die, ob die Kriegsbefolgung während der Dauer des Vermisstseins weitergezahlt wird oder nicht. Die maßgebenden Vorschriften finden wir in der Kriegsbefolgungsvorschrift vom 29. Dezember 1887 niedergelegt. Hiernach sind grundsätzlich die Löhnungen von Mannschaften und Unteroffizieren einschließlich Feldwebeln, Bizefeldwebeln und Sergeanten mit dem Schlusse des Monatsdrittels einzustellen, in dem der Löhnungsempfänger als vermisst gemeldet worden ist. Für Offiziere, die vermisst werden, endet der Bezug des Gehaltes mit dem Ablauf des Monats, der auf den Monat des Vermisstseins folgt. Bei dieser Grundregel hat es aber nicht sein Bewenden.

Wir fassen zunächst die Ansprüche der Offiziere ins Auge. Ihnen gleichgestellt sind die Feldwebel des Krieges von dem Rechte Gebrauch gemacht, daß ein Teil ihres Gehaltes direkt an die Familienangehörigen zu Haus, insbesondere also an die Ehefrau zu deren Unterhalt zur Auszahlung gelangt. Diese sogenannten Familienzahlungen müssen auch, wenn der Offizier vermisst wird, ohne jeden besonderen Antrag ungeschmälert von den zuständigen Stellen weiter entrichtet werden. Im Falle der Unterlassung kann der Berechtigte hiergegen bei dem Divisionskommando des Feldtruppenteils vorstellig werden,

dem der Vermisste unterstanden hat. Eine Beschränkung ist nur gegeben: Die Weiterzahlung des Gehaltsteiles darf nur insoweit erfolgen, als sie  $\frac{1}{10}$  des Feldbefolgungsbetrages des Vermissten nicht übersteigt. Aber auch dann, wenn derartige Familienzahlungen nicht vom Berechtigten nachgesucht und bewilligt worden sind, muß auf besonderen Antrag den Angehörigen dieses Gehalt bis zur Höhe von  $\frac{1}{10}$  seines Betrags gewährt werden. Die Beschlussfassung liegt wieder in den Händen des betreffenden Feld-Divisionskommandos. Dort sind also auch Gesuche einzureichen. Bei Offizieren des Beurlaubtenstandes, die Beamte sind, werden diese teilweisen Gehaltszahlungen naturgemäß auf das Zivileinkommen angerechnet. Die Fortzahlung des letzteren erfolgt ja regelmäßig solange, als die Empfänger die Erklärung abgeben, daß ihnen von dem etwaigen Tode des Vermissten nichts bekannt geworden sei; wird allerdings später festgestellt, daß der Vermisste zu einem früheren Zeitpunkt gefallen oder verstorben ist, was freilich selten möglich sein wird, so ist das Gehalt auf die nachträglich fällig werdende Hinterbliebenenrente anzurechnen. Von dem dreimonatigen Gradengehalte kommen die militärischen Bezüge, welche die Familien der vermissten Offiziere bis zum Ablauf des Monats erhalten haben, in dem ihnen der Tod bekannt geworden ist, nicht in Abzug.

Wie den Offizieren, so kann auch den Mannschaften, das sind die Heeresangehörigen vom Feldwebel an abwärts und den ihnen gleichgestellten Heeresbeamten die Löhnung ganz oder teilweise weitergewährt werden. Dies geschieht regelmäßig dann, wenn aus diesen Einkünften der Unterhalt der Angehörigen bestritten werden soll. Zuständig für die Bewilligung ist das Bataillonskommando oder auch jede übergeordnete Militärbehörde der in Frage kommenden Feldformationen. Dorthin sind also auch die entsprechenden Anträge zu richten.

Eine besondere Stellung nehmen die Offiziersstellvertreter ein. Diese sind ja begriffsmäßig nur während ihrer Zugehörigkeit zum Kriegsheere Offiziersdienste. Mit dem Momente ihres Vermisstseins endet diese Verwendungsmöglichkeit. Aus diesen Gründen kann ihren Familien auch nur die Löhnung überwiesen werden, die denselben als Angehörigen des Unteroffiziersstandes, mithin — je nachdem — als Feldwebel, Bizefeldwebel oder Sergeant zukommt. Neben diesen Löhnungs- und Gehaltsüberweisungen erhalten die Familienangehörigen laut ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift auch die ihnen zugebilligte Kriegsunterstützung fort, die so lange gewährt wird, bis der Truppenteil, welchem der Vermisste angehört, auf den Friedensfuß zurückgeführt oder aufgelöst ist. Bei den Offiziersstellvertretern wird ja in der Regel infolge der höheren Löhnung die Kriegsunterstützung nicht in Frage kommen. Grundsätzlich muß sie aber im Falle der Bedürftigkeit den Angehörigen auch hier zugebilligt werden.

All diese Bezüge werden, sofern der Verschollene nicht wiederkehrt, einmal abgelöst durch die Renten, die das eingangs erwähnte Militärhinterbliebenengesetz festlegt, also das Witwen- und Waisengeld und das Kriegselterngeld sowie die dieser Versorgung vorausgehenden Gradengebühren. Dies hat selbstverständlich zur Voraussetzung, daß der Tod des Vermissten als festgestellt gelten muß; denn vorher kann es begriffsmäßig eine Hinterbliebenenversorgung nicht geben. Festgestellt gilt der Tod zweifelsfrei durch das im Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung ergehende Urteil, das von jedem Angehörigen beim Amtsgerichte des letzten Wohnsitzes des Vermissten beantragt werden kann. Das Gesetz bestimmt jedoch, daß Witwen- und Waisengeld auch schon vorher einsehen können, wenn das Ableben des Verschollenen mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Wie von maßgebender juristischer Seite ausgeführt wird, wird jedoch von dieser Befugnis der Militärbehörde kein Gebrauch gemacht werden, nachdem durch die neue Bundesratsverordnung vom 18. April d. J. die Todeserklärung bereits während des Krieges nach einem einjährigen Vermisstsein mit der kurzen Aufgebotsfrist von einem Monat zulässig geworden ist. Kurz gesagt, die Hinterbliebenenrenten werden frühestens nach Ablauf von etwa dreizehn Monaten nach dem Eintritt des Vermisstseins ihren Anfang nehmen.

### Ernährungsfragen.

#### Vermehrung der Brotportionen für Schwerarbeiter und Jugendliche.

Die Brotgetreideernte des Jahres 1916 ist als eine mittlere Ernte zu bezeichnen, die über das Ergebnis der vorjährigen Miternte nicht unwesentlich hinausgeht. Nach dem Ergebnis der vorläufigen Ernteschätzung ist das Kuratorium der Reichsgetreidestelle im Einverständnis mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes in der Lage gewesen, die Arbeiterbrotzulagen, welche in den beiden letzten Monaten des alten Erntejahres — hauptsächlich wegen des Kartoffelmangels — als Sonderzulagen gewährt waren, nunmehr als dauernde Vermehrung der Brotportion zuzubilligen. Außerdem wird einem von vielen Seiten geäußerten Wünsche Rechnung getragen, der Jugend mit ihrem erhöhten Ernährungsbedürfnis in der Hauptzeit ihres Wachstums eine Zulage zu bewilligen. Die Zulage soll für alle jugendlichen Personen zwischen 12 und 17 Jahren vom 1. Oktober ab in einer Zulage von 50 Gramm Mehl für den Tag bestehen.

Auch die Verhandlungen im Kriegsernährungsamt wegen vermehrter Herstellung und Verbilligung von Suppenstoffen, Graupen, Erbsen, Haferflocken sind so weit gefördert, daß auch in dieser Hinsicht eine baldige Verbesserung der Versorgung zu erwarten ist. Die Verbilligung und vermehrte Bereitstellung dieser Suppenstoffe ist bei der unvermeidlichen Knappheit an Fetten von erheblicher Bedeutung für die Ernährung.

### Die Antwort des Kriegsernährungsamtes auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände

Sagt eine genaue Ermittlung darüber zu, ob tatsächlich die gelben Werkvereine, wie in der Eingabe der Bergarbeiterverbände angegeben war (Sp. 1031), behördlich rationierte Lebensmittel in größerem Umfang, als gesetzlich zugelassen ist, an ihre Mitglieder abgegeben haben. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ (frei-gewerkschaftlich) hält diese Behauptung aufrecht und stützt sie mit Zitaten aus der Wertvereinspresse, das Organ der „Gelben“ dagegen schreibt, daß die Werkvereine der amtlichen Ermittlung mit Freude und Genugtuung entgegensehen, da die Haltlosigkeit der Behauptungen so am besten nachgewiesen werde.

Auf die übrigen Punkte der gemeinsamen Eingabe geht das Kriegsernährungsamt wie folgt ein: Die verschiedene Preisermessung bei Verteilung des Specks erklärt sich daraus, daß die Rechen zugunsten ihrer Arbeiter in größerem oder geringerem Maße unter ihren Selbstkostenpreis — der 4 M. nicht unwesentlich überstieg — heruntergingen. Die Brotportionen für Schwerarbeiter würden durch die in Vorbereitung befindliche Neuregelung der Brotverjorgung einheitlich neu festgesetzt werden. Der Kartoffelpreis könnte nicht niedriger festgesetzt werden, doch würde dafür gesorgt werden, daß der Preis von 4,75 M. frei Keller für den Winter nicht überschritten wird und daß der Kleinverkaufspreis 0,55 Mark für 10 Pfund nicht überschreitet.

### Einen Aufruf an Deutschlands Landfrauen

erläßt der Präsident des Kriegsernährungsamtes, von Batocki. Er verweist darauf, daß die Ernte in diesem Jahre allgemein reichlich sei, daß das Vieh sich wieder erholt habe und der Bestand vermehrt wurde. Mit der Fortführung der Wirtschaft und der Aufrechterhaltung der Erzeugung allein sei es nicht getan, es gelte, das Erzeugte auch denen richtig zuzuführen, die es brauchen: Millionen von Soldaten, Hunderttausende in den Lazaretten und andere Millionen von Männern und Frauen in den Großstädten. Auch diese müßten satt werden, um arbeiten zu können. Alles irgend im eigenen Haushalt entbehrliche müsse deshalb die Landbevölkerung herausgeben. Mit Strafandrohungen oder auch mit hohen Preisangeboten sei es nicht getan, helfen könne „nur der gute Wille, die verständige Einsicht, nur die Erkenntnis der Gefahr, die jedem deutschen Mann, jeder deutschen Frau und jedem deutschen Kinde droht, wenn der feindliche Aushungerungsplan gelingen soll“. Einschränkungen seien überall nötig, je länger der Krieg dauere desto nötiger. Derjenige, der auf dem Lande aus alter Friedensgewohnheit nur  $\frac{1}{2}$  Liter mehr Milch, nur  $\frac{1}{4}$  Pfund mehr Butter oder Speck, nur ein Ei mehr verzehrt, als unbedingt nötig, wer nicht alles, was er irgendwie entbehren kann, an die zur Abnahme bestimmten Stellen schafft, damit es auf dem vorgeschriebenen Wege unseren Soldaten und unserer städtischen Bevölkerung zufließt, veründigt sich an Vaterland. Der Präsident kündigt an, daß Einrichtungen getroffen werden, um alles auf dem Lande entbehrliche aufzukaufen und dem Heere oder den großstädtischen ärmeren Familien zuzuführen. Die Preise seien jetzt schon für viele ärmere Familien unerschwinglich geworden. Deshalb die herzlichste Bitte an alle deutschen Landleute, Landfrauen, Landkinder und ländlichen Dienstkleute zu helfen.

Öffentlich predigt der Präsident des Kriegsernährungsamtes nicht tauben Ohren. Gewiß ist es in einigen Gemeinden schon der Behörde oder Geistlichkeit gelungen, die Landleute zu bewegen, entbehrliches für die ärmere Bevölkerung abzugeben, aber diese Fälle sind doch vereinzelt. Aber es hat sich gezeigt, daß bei solchen Sammlungen ganz erhebliche Mengen zusammenkommen und daß trotzdem die Landleute noch genügend für sich behalten, um immer noch weit besser leben zu können, als die ärmere städtische Bevölkerung, die nur von der Hand in den Mund lebt. Würde der Aufruf bewirken, daß in allen ländlichen Bezirken Sammelstellen eingerichtet werden, und würde von allen maßgebenden Stellen alles getan werden, um die Landleute zur Abgabe der in ihrem Haushalte entbehrlichen Lebensmittel zu bewegen, dann könnte zweifellos noch viel geholfen werden und wir kämen über manche Ernährungsschwierigkeiten hinweg.

### Allgemeine Rundschau.

#### Nüchterne Betrachtungen über den „ewigen Frieden“.

In der von Parvus herausgegebenen sozialistischen Wochenchrift „Die Glocke“ finden sich in Heft 16 (15. Juli 1916 Seite 637 f.) unter obigem Titel folgende Ausführungen: „Eine schöne Sache wäre der ewige Friede. Schon die Hoffnung auf ihn ist schön und der Glaube, daß die Menschheit ihn einmal erringen wird. Möglich, daß sich einmal die wirtschaftlichen Interessengegenstände zwischen den menschlichen Gemeinschaften so weit abschleifen und zugleich der Gemeinschaftsgebanke so stark wird und sich über die ganze Menschheit ausbreitet, daß man die austretenden Streitigkeiten durch Schiedspruch beizugt. Ob die Menschen sich dann Sozialdemokraten nennen werden, können wir heute kaum wissen. Inzwischen können wir uns wohl betreiben über die Fruchtbarkeit der Krieges — es betrüben sich sogar Leute darüber, die nicht Sozialdemokraten sind. Aber wir sollten uns nicht gerade entrüsten über die herrschende Gesellschafts-Klasse, weil sie den Krieg nicht verhindern konnte. Wir, die Internationale des ewigen Friedens, sind doch vom ewigen Frieden des internationalen Sozialismus auch noch ein beträchtliches Stück entfernt. Und wenn wir das schon entschuldigen wollten mit dem Umstände, daß eben auch die Sozialisten Glieder des



Vollst sind, so braucht doch noch längst nicht der Haß aufzutreten, der tatsächlich auch von ausländischen Sozialisten gegen die deutschen Sozialdemokraten geäußert worden ist.

Schließlich ist aber die Feindseligkeit der internationalen Sozialisten, die Feindseligkeit der nichtsozialdemokratischen Deutschen, Franzosen, Engländer, Russen usw. gegeneinander doch nur ein Kinderspiel gegen die schreckende Wut, die von deutschen Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten gegenwärtig aufgebracht wird.

Sieben wir ein Recht, auf andere mit Ueberhebung herabzusehen, weil sie den Weltkrieg nicht verhindern konnten?

Es ist nur gut, daß es auch im Lager der Sozialdemokraten noch Leute gibt, die den kühlen Verstand bewahrt haben und die Bourgeoisie besitzen, die Dinge mit aller Mäßigkeit zu betrachten.

**Friedensziele.**

Die Erörterung über Kriegs- und Friedensziele, über U-Bootkrieg und Kanalerpolitik geht weiter. Die ernste Mahnung König Ludwigs von Bayern, hier Einhalt zu tun, hat ebensowenig gefruchtet, wie diejenige ruhig denkender Staatsmänner und Politiker. — Beim Eintritt Rumänens in den Weltkrieg schrieb die „Augsb. Postzeitung“ sehr richtig, das Ereignis zeige neuerdings die Zwecklosigkeit, sich darüber zu streiten, ob Deutschland bloß das östliche oder auch das westliche Europa aufzessen soll.

Die christlich-nationale Arbeiterchaft ist nie für einen faulen Frieden eingetreten. Sie weiß, die ungeschmälerte Erhaltung, die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands liegt ebenso sehr im Interesse der Arbeiterchaft wie der übrigen Volksgenossen. Trotz der ungeheuren Opfer, welche unser Volk draußen und daheim bringen muß, hat der leitende Ausschuß der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erst kürzlich wieder den starken Willen zum Durchhalten ausgesprochen. Der Vernichtungsplan unserer Feinde muß aufgegeben und ein dauernder Friede gesichert werden.

Deswegen hat die christlich-nationale Arbeiterchaft, trotzdem unser Volk den Frieden sehnsüchtig erwartet, es doch abgelehnt, vorzeitige Friedensversammlungen abzuhalten und Friedenspetitionen in Umlauf zu setzen. Solche Dinge können uns von unseren Feinden allzu leicht als Schwäche angerechnet werden und sie zu weiteren erhöhten Anstrengungen veranlassen und damit den Krieg statt ihn abzukürzen verlängern. Sie wirken auf diese Weise für die deutschen Interessen schädlich. Aus denselben Gründen müssen die überspannten und voreiligen Kriegsziel-erörterungen, mit ihren bemäntelten Haupt- und Nebenzwecken abgelehnt werden.

Auf der anderen Seite muß aber doch gesagt werden: Ohne politische Freiheit keine wirtschaftliche Entwicklung, kein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg der breiten Volksschichten. Daraus schlußfolgernd ist es auch nicht richtig, wenn gesagt wird, daß die politische Reaktion den Arbeiterstand nicht so sehr schädigen würde. In seinem 1890 herausgegebenen Buche: „Die französische Revolution und die soziale Bewegung“ weist der Abg. Dr. Jäger schlagend nach, wie Einschränkung und Aufhebung politischer Volksrechte, Verlosigkeit und Elend der Massen, Aufruhr und Empörung im Gefolge hatten. Er beklagt, daß nicht alle hierzu berufenen Kräfte jener Zeit der politischen Reaktion und den Vorrechten einzelner entgegengetreten sind, um Uebles zu verhindern, und sagt: „Jede Kulturaktion hat das unverjährbare Recht auf Teilnahme an ihrer Regierung, Verwaltung, Finanzwirtschaft und Gesetzgebung, eine Teilnahme, die selbst für die stärkste Regierung auf die Dauer unentbehrlich ist.“

Das ist die Forderung der christlich-nationalen Arbeiterchaft in der Gegenwart. Sie verlangt lediglich die Gleichberechtigung mit den übrigen Gliedern der Nation. Ein deshalb einer Regierung in den Weg zu stellen, weil sie diese richtigen staatsmännischen Grundzüge zu verwirklichen beabsichtigt, wäre verkehrt und wenig klug. Wir haben aber noch etwas anderes hervor: Vertreter des Autoritätsgedankens sollten sich besonders in der Gegenwart hüten, Zweifel gegen die staatliche Autorität anzuknüpfen. Denn schließlich leidet darunter jede Autorität und damit das Interesse des Vaterlandes und Volkes. Mehr denn je gilt heute dem deutschen Volke Schillers Mahnung:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Not uns trennen und Gefahr. S. P.

**Seine „Fabriker“.**

Das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer Münster (Westfalen) veröffentlichte in mehreren Tagesblättern folgende Anzeige:

„Einige katolische, deutschsprechende, verheiratete, landwirtschaftliche Arbeiter (nicht Fabriker), mit einigem Kapital oder Hausgerät, suchen Stelle als Arbeiterfamilien bezw. Heuerlinge. Anstellung nach ortsüblichem Verhältnis, wenn gewünscht, zunächst auf ein Jahr. Vorzugsweise keine oder nur geringe Beschäftigungskosten. Zu wenden an das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer Münster.“

Der Ausdruck „Fabriker“ läßt erkennen, daß sich die Fabrikarbeiter keiner besonderen Wertschätzung bei dem Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer zu erfreuen haben. Im Bereich der Landwirtschaftskammer Münster ist der genannte Ausdruck nämlich im allgemeinen eine geringschätzende Bezeichnung für Fabrikarbeiter. Wir werden aus diesem Grunde auch auf das Inserat von mehreren Arbeitern des Münsterlandes aufmerksam gemacht. — Es hätte an der Zeit sein, daß die „Fabriker“ auch bei

der Landwirtschaft die ihnen zustehende Wertschätzung erfahren. Auf die „Fabriker“, die schließlich auch Arbeitnehmer der recht teuren landwirtschaftlichen Produkte sind, ist die Landwirtschaft angewiesen, und andererseits leisten sie durch ihre Arbeit dem Vaterlande recht wichtige Dienste.

**Aus unserer Industrie.**

**Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes**

darf auch weiterhin in Berücksichtigung der bestehenden Schwierigkeiten, als im Ganzen befriedigend bezeichnet werden. Beachtenswert ist der andauernde Bedarf in Damenbekleidungsstoffen aller Arten, obwohl dafür die Preise außerordentlich hohe sind. Der Nachfrage nach Herrenbekleidungsstoffen kann nur teilweise genügt werden, da die meisten der in Betracht kommenden Webereien für die Seeresverwaltung beschäftigt sind. Was den Verkehr im Baumwollgewerbe anbelangt, so ist die Lage unverändert; die Herstellung von Papier-Garnen und Geweben nimmt täglich an Umfang zu. Die Berichte aus dem Seinen- und Seiden-Gewebe lauten nicht ungünstig.

**Einkaufsgesellschaft des Verbandes Deutscher Tuch-Großverfeiner.**

Unter dieser Firma hat der Verband Deutscher Tuch-Großverfeiner z. B. in München eine Einkaufsgesellschaft errichtet. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf der von der Kriegswirtschafts-Aktien-gesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichskleidungsstelle, der Gesamtheit der Mitglieder zur Verfügung gestellten Webwaren. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt nur 20.000 M., doch haben die Mitglieder des Verbandes einen Garantiefonds in Höhe von mehreren Hunderttausend Mark gezeichnet, der ebenfalls der Gesellschaft zur Finanzierung ihres Geschäftes zur Verfügung steht.

Damit ist wohl zum ersten Male eine ganz Deutschland umfassende Kriegsorganisation in München begründet worden.

**Fortschritte der holländischen Baumwollspinnerei durch den Krieg.**

Nach einem Bericht des Amerikanischen Konsuls hat die holländische Baumwollspinnerei infolge des Krieges gute Fortschritte gemacht. Der Verbrauch von 12 Baumwollspinnereien im Amsterdamer Bezirk an Baumwolle beträgt dem Werte nach 50 Millionen Mark, gegen 26 Millionen im Jahre 1914. Der Bedarf an Baumwolle, Garnen, war trotzdem nicht zu decken. Auch die Baumwollwebereien haben sehr gut gearbeitet, trotzdem sie teilweise Mangel an Farbstoffen usw. hatten und obgleich sie mehrfach die Betriebe einzuschränken oder gänzlich einzustellen genötigt waren.

**Aus der internationalen Textilindustrie.**

Sehr schwierig ist die Lage der schweizerischen Baumwollweberei geworden, welche keine Garne verarbeitet, insbesondere für die Betriebe, welche Matkogarne brauchen. Das Seidengewerbe der Schweiz hat gut zu tun. Im holländischen Webstoffgewerbe wird die Rohstoffbeschaffung ebenfalls immer unmöglicher. Recht ungünstige Nachrichten kommen aus Italien. Die dortigen Betriebe, welche die Ausfuhr pflegen, sind so gut wie zum Stillstand gekommen. Die russischen Flachspinnereien und Leinwebereien haben gut zu tun, im übrigen liegt das Geschäft im Webstoffgewerbe fast ganz darnieder. Die hohen Baumwollpreise beeinflussen den Verkehr im Baumwollgewerbe Englands ungünstig, das Wollgewerbe ist für Heereszwecke ziemlich gut beschäftigt. Die französische Textilindustrie arbeitet in ihrer Gesamtheit unter den schwierigsten Verhältnissen. Eine Abschwächung des Geschäftsverkehrs im Textilgewerbe Amerikas ist unverkennbar, während man in Japan flott zu tun hat.

**Aus dem Verbandsgebiete.**

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Emdetten.** Unsere am 27. August stattgefundene Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Der Vorsitzende, Kollege Kloppenburg, ließ alle Erschienenen herzlich willkommen sein. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden die gefallenen Kollegen Ludwig Köter, Hubert Ausstrup, Bernhard Kügel, Wilhelm Schmüller, sowie der verstorbene Kollege Ebrahim Holtkamp, durch Erheben von den Sitzen geehrt. Letzterer war Mitbegründer unserer Ortsgruppe und von Anfang an Vertrauensmann. Nachdem der Kollege Hellebröder den Kasienbericht vom II. Quartal vorgelegt hatte, hielt Kollege Camps-Künster einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die jetzige Lage der Textilindustrie, sowie über den allgemeinen Arbeitsmarkt. Derselbe wies überzeugend nach, daß es dem Arbeiter schwer falle, mit seinem jetzigen Verdienst durchzukommen. Dennoch müssen wir durchhalten, damit der Plan unserer Feinde, Deutschland wirtschaftlich zu ruinieren, vereitelt werde. Andererseits müsse hervorgehoben werden, daß die Arbeitgeber während des Krieges noch teilweise recht hohe Gewinne erzielt hätten und daher noch wohl in der Lage seien, den Arbeitern, wenn nicht Erhöhung der Löhne, so doch Teuerungszulagen zu bewilligen. Nach einer kurzen Ansprache, worin auch betont wurde, daß die am Orte bestehende Erwerbslosenordnung einer Verbesserung bedürfte, wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen: „Der nunmehr zwei volle Jahre dauernde Krieg hat der gesamten Bevölkerung große Opfer und Entbehrungen auferlegt. Trotz des von den Engländern geplanten Aus-

auch diesen teuflichen Plan zu vernichten versteht. Auch die hiesige Arbeiterchaft ist fest entschlossen, alle Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen, die absolut notwendig sind, um bis zu einem guten Kriegsende durchzuhalten. Seine erkennen die Versammelten an, daß die hiesigen Fabrikanten, besonders durch freiwillige Zuwendungen, die Kriegsfamilien unterstützen haben. Indessen hat die allgemeine Teuerung der hiesigen Arbeiterchaft das Durchhalten sehr erschwert und ist in vielen Arbeiterfamilien vorhanden. Ein größeres Einkommen erachten die Arbeiter für unbedingt erforderlich, und sie glauben daher auch das Recht zu haben, ihre Herren Arbeitgeber zu ersuchen, entweder eine Erhöhung der Löhne vorzunehmen oder allen Arbeitern eine Teuerungszulage für die Dauer des Krieges zu bewilligen. Sie beauftragen daher den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, einen diesbezüglichen Antrag an die hiesigen Arbeitgeber zu richten, von welchen sie eine wohlwollende Prüfung und auch Erfüllung bestimmt erwarten.“

Nach einigen Dankworten an den Referenten und einer Mahnung an die Mitglieder, auch in dieser ersten Zeit treu zur Organisation zu stehen, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

**Das Eiserne Kreuz**

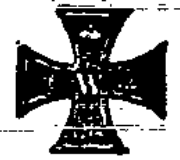
erhielten für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde folgende Kollegen:

Bernhard Guke, 6. Komp., Inf.-Regt. 221, aus Neu-münster.

Bernhard Vogelwohl aus Greven. Anton Grund aus Greven erhielt die hiesige Tapferkeitsmedaille, befördert zum Unteroffizier.

Den Kollegen zu der hohen Auszeichnung unsere herzlichsten Glückwünsche. Mögen sie gesund in die Heimat zurückkehren.

**Ehren-Tafel.**



**Es starben den Heldentod fürs Vaterland**

- Peter Schelikes aus Viersen.
  - Heinrich Weidemann aus Bocholt.
  - Josef Barking aus Bocholt.
  - Peter Joosten aus Neersen.
  - Heinrich Jost aus Ingersheim (Ritter des Eisernen Kreuzes).
  - Josef-Laufenberg aus Viersen.
  - Mangelus Marosini aus Busenbach.
- Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.  
Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

**Sterbe-Tafel.**

**Es starben die Verbandsmitglieder:**

- August Erren aus Viersen.
  - August Böcken aus Dülken.
  - Mathias Wech aus Aachen-B.
  - Heinrich Baues aus Corschenbroich.
- Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungskalender.**

Abt. 17. September, 6 1/2 Uhr, im Bahnhofshotel, Zimmer 12. Frauen eingeladen.

**Inhaltsverzeichnis.**

Gefangen. — Artikel: Zwei Jahre Krieg in englischer Beleuchtung. — Wer sperrt dem Frieden den Weg? — Erwerbslosenfürsorge in der Schneider- und Wäscheindustrie. — Die Konjunktionsgenossenschaften. — Die Militärversorgungsanprüche der Angehörigen Vermisster. — Ernährungsfragen. — Vermehrung der Vorkationen für Schwerarbeiter und Jugendliche. — Die Antwort des Kriegsernährungsamtes auf die Eingabe der Bergarbeiterverbände. — Einen Aufruf an Deutschlands Landfrauen. — Allgemeine Rundschau: Nächsteren Betrachtungen über den „ewigen Frieden“. — Friedensziele. — Keine „Fabriker“. — Aus unserer Industrie: Die Geschäftslage des deutschen Webstoffgewerbes. — Einkaufsgesellschaft des Verbandes Deutscher Tuch-Großverfeiner. — Fortschritte der holländischen Baumwollspinnerei durch den Krieg. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Emdetten. — Das Eiserne Kreuz. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. S. E. M. Schiffer, Dülken, Dülkenstraße Nr. 7.